



HEMMER/WÜST

**Die Karteikarten
ZIVILPROZESSRECHT I**

Zivilrecht

Das Prüfungswissen

- **für Studium**
- **und Examen**

8. Auflage 2021

KLAUSURTYPISCH ▪ **ANWENDUNGSORIENTIERT** ▪ **UMFASSEND**

HAUPTKARTEIKARTEN ZPO I

Das Pendant zu den Hauptskripten:

Das Prüfungswissen in Karteikartenform für alle Studierende, die es bevorzugen, mit Karteikarten zu lernen. Im Frage- und Antwortsystem zum Wissen. Auf der Vorderseite der Karteikarte führt ein Einordnungsteil zur Frage hin. Die Frage trifft die Kernproblematik des zu Erlernenden. Auf der Rückseite schafft der Antworttext Wissen. Die anschließende Hemmer-Methode vermittelt Problembewusstsein für die Klausur.

ZPO taucht zunehmend in den Examensklausuren auf und darf nicht vernachlässigt werden. Nutzen Sie die Möglichkeit, sich durch die knappe und präzise Aufbereitung in den Karteikarten mit dem Prozessrecht vertraut zu machen um später im Examen eine ZPO-Klausur in Ruhe angehen zu können.

Inhalt:

- Erkenntnisverfahren
- Verfahrensgrundsätze
- Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien
- Zulässigkeit der Klage
- Beteiligung Dritter
- Rechtskraft
- Rechtsmittel

Autoren: Hemmer Wüst

Umfang: 97 Karteikarten

8. Auflage 2021

ISBN: 978-3-96838-173-2

INHALT

Hauptkarteikarten ZPO I

Themenverzeichnis Karteikarten ZPO I

Karte 1

I. Verfahrensgrundsätze

Bedeutung

Karte 2

I. Verfahrensgrundsätze

Dispositionsgrundsatz

Karte 3

I. Verfahrensgrundsätze

Dispositionsgrundsatz / Ausnahmen

Karte 4

I. Verfahrensgrundsätze

Verhandlungsgrundsatz

Karte 5

I. Verfahrensgrundsätze

Verhandlungsgrundsatz und Wahrheitspflicht

Karte 6

I. Verfahrensgrundsätze

Mündlichkeit, Unmittelbarkeit, Öffentlichkeit

Karte 7

I. Verfahrensgrundsätze

Rechtliches Gehör und Verfahrensbeschleunigung

Karte 8

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Klagearten / Leistungsklage

Karte 9

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Klagearten / Feststellungs-, Gestaltungsklage

Karte 10

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Klageerhebung - Klageinhalt

Karte 11

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Zustellung / Rechtshängigkeit

Karte 12

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Streitgegenstand / Bedeutung für Fallbearbeitung

Karte 13

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Bestimmung des Streitgegenstandes

Karte 14

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Vorbereitung des Haupttermins

Karte 15

II. Der Verfahrensablauf im Überblick

Haupttermin / Entscheidung

Karte 16

III. Die Zulässigkeit der Klage

Begriff der Prozessvoraussetzungen

Karte 17

III. Die Zulässigkeit der Klage

Prüfung der Zulässigkeit

Karte 18

III. Die Zulässigkeit der Klage

Sachliche Zuständigkeit

Karte 19

III. Die Zulässigkeit der Klage

Örtliche Zuständigkeit

Karte 20

III. Die Zulässigkeit der Klage

Gespaltene Zuständigkeit

Karte 21

III. Die Zulässigkeit der Klage

Gewillkürte Zuständigkeit / rügelose Verhandlung

Karte 22

III. Die Zulässigkeit der Klage

Parteibegriff

Karte 23

III. Die Zulässigkeit der Klage

Parteifähigkeit

Karte 24

III. Die Zulässigkeit der Klage

Prozessfähigkeit

Karte 25

III. Die Zulässigkeit der Klage

Prozessführungsbefugnis

Karte 26

III. Die Zulässigkeit der Klage

Gesetzliche Prozessstandschaft / § 265 ZPO

Karte 27

III. Die Zulässigkeit der Klage

Gewillkürte Prozessstandschaft

Karte 28

III. Die Zulässigkeit der Klage

Postulationsfähigkeit / Prozessvollmacht

Karte 29

III. Die Zulässigkeit der Klage

Streitgegenstandsbezogene Prozessvoraussetzungen

Karte 30

III. Die Zulässigkeit der Klage

Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

Karte 31

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Lehre von den Prozesshandlungen

Karte 32

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Klagerücknahme / Voraussetzungen

Karte 33

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Klagerücknahme / Wirkung

Karte 34

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Ankerkenntnis / Voraussetzungen

Karte 35

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Anerkenntnis / Wirkungen

Karte 36

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Verzicht

Karte 37

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Übereinstimmende Erledigterklärung / Voraussetzung

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Übereinstimmende Erledigterklärung / Wirkung

Karte 39

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Prozessvergleich / Voraussetzungen

Karte 40

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Prozessvergleich / Wirkung / Unwirksamkeit

Karte 41

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Objektive Klagenhäufung / Arten

Karte 42

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Objektive Klagenhäufung / Zulässigkeit / Prüfung

Karte 43

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Klageänderung / § 263 ZPO

Karte 44

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Klageänderung / § 264 ZPO

Karte 45

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Einseitige Erledigungserklärung / Einführung

Karte 46

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Einseitige Erledigungserklärung / Voraussetzungen

Karte 47

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Einseitige Erledigungserklärung / Wirkung

Karte 48

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Prozessaufrechnung / Prüfungsaufbau

Karte 49

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Prozessaufrechnung / Entscheidungsreife / Rechtsweg

Karte 50

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Prozessaufrechnung / Rechtshängigkeit / Rechtskraft

Karte 51

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Widerklage / Zulässigkeit

Karte 52

V. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Widerklage / Konnexität

Karte 53

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Widerklage / Sonderfälle, insbes. Aufrechnung

Karte 54

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

VU / Einführung

Karte 55

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

VU / Voraussetzungen: Antrag, Säumnis

Karte 56

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

VU / Zulässigkeit und Schlüssigkeit der Klage

Karte 57

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

VU / Entscheidungsmöglichkeiten

Karte 58

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

VU / Einspruch

Karte 59

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

VU / Zweites Versäumnisurteil

Karte 60

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

VU / Sonstige Säumnissituationen

Karte 61

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Präklusion / § 296 I ZPO

Karte 62

IV. Prozessführungsmöglichkeiten der Parteien

Präklusion / „Flucht in die Säumnis“ / § 296 II, III

Karte 63

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Einfache Streitgenossenschaft / Voraussetzungen

Karte 64

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Einfache Streitgenossenschaft / Wirkung

Karte 65

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Materiell-rechtlich notwendige Streitgenossenschaft

Karte 66

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Prozessrechtlich notwendige Streitgenossenschaft

Karte 67

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Gewillkürter Parteiwechsel

Karte 68

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Gesetzlicher Parteiwechsel

Karte 69

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Nebenintervention / Begriff und Voraussetzung

Karte 70

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Nebenintervention / Wirkung

Karte 71

V. Die Beteiligung Mehrerer am Rechtsstreit

Streitverkündung

Karte 72

VI. Tatsachenvortrag und Beweis

Grundsätze

Karte 73

VI. Tatsachenvortrag und Beweis

Beweiserhebung

Karte 74

VI. Tatsachenvortrag und Beweis

Beweiswürdigung

Karte 75

VI. Tatsachenvortrag und Beweis

Sonderprobleme des Beweisrechts.

Karte 76

VII. Die Entscheidung

Urteilsarten

Karte 77

VII. Die Entscheidung

Urteilsmodalitäten und Wirkung

Karte 78

VIII. Die Rechtskraft

Formelle und materielle Rechtskraft

Karte 79

VIII. Die Rechtskraft

Objektiver Umfang der materiellen Rechtskraft

Karte 80

VIII. Die Rechtskraft

Objektiver Umfang: Ausnahmen

Karte 81

VIII. Die Rechtskraft

Teilklage

Karte 82

VIII. Die Rechtskraft

Subjektiver Umfang der materiellen Rechtskraft

Karte 83

VIII. Die Rechtskraft

Probleme zu § 325 II ZPO

Karte 84

VIII. Die Rechtskraft

Weitere Fälle d. Rechtskrafterstreckung auf Dritte

Karte 85

VIII. Die Rechtskraft

Der zeitliche Umfang der materiellen Rechtskraft

Karte 86

VIII. Die Rechtskraft

Die Abänderungsklage / Zulässigkeit

Karte 87

VIII. Die Rechtskraft

Die Abänderungsklage / Wirkung

Karte 88

VIII. Die Rechtskraft

Durchbrechung der Rechtskraft

Karte 89

IX. Rechtsmittel

Grundsätze

Karte 90

IX. Rechtsmittel

Sonderprobleme

Karte 91

IX. Rechtsmittel

Berufung / Zulässigkeit

Karte 92

IX. Rechtsmittel

Berufung / Verfahren

Karte 93

IX. Rechtsmittel

Revision

Karte 94

IX. Rechtsmittel

Beschwerde

Karte 95

X. Besondere Verfahrensarten

Karte 96

X. Besondere Verfahrensarten

Mahnverfahren / Sonderprobleme

Karte 97

X. Besondere Verfahrensarten

Einstweilige Verfügung

Themenverzeichnis Karteikarten ZPO I

- 1 Bedeutung
- 2 Dispositionsgrundsatz
- 3 Dispositionsgrundsatz / Ausnahmen
- 4 Verhandlungsgrundsatz
- 5 Verhandlungsgrundsatz und Wahrheitspflicht
- 6 Mündlichkeit, Unmittelbarkeit, Öffentlichkeit
- 7 Rechtliches Gehör und Verfahrensbeschleunigung
- 8 Klagearten / Leistungsklage
- 9 Klagearten / Feststellungs-, Gestaltungsklage
- 10 Klageerhebung - Klageinhalt
- 11 Zustellung / Rechtshängigkeit
- 12 Streitgegenstand / Bedeutung f. Fallbearbeitung
- 13 Bestimmung des Streitgegenstandes
- 14 Vorbereitung des Haupttermins
- 15 Haupttermin / Entscheidung
- 16 Begriff der Prozessvoraussetzungen
- 17 Prüfung der Zulässigkeit
- 18 Sachliche Zuständigkeit
- 19 Örtliche Zuständigkeit
- 20 gespaltene Zuständigkeit
- 21 gewillkürte Zuständigkeit / rügelose Verhandlung
- 22 Parteibegriff
- 23 Parteifähigkeit
- 24 Prozessfähigkeit
- 25 Prozessführungsbefugnis
- 26 gesetzliche Prozessstandschaft / § 265 ZPO
- 27 gewillkürte Prozessstandschaft
- 28 Postulationsfähigkeit / Prozessvollmacht
- 29 streitgegenstandsbezogene Prozessvoraussetzungen
- 30 allgemeines Rechtsschutzbedürfnis
- 31 Lehre von den Prozesshandlungen
- 32 Klagerücknahme / Voraussetzungen
- 33 Klagerücknahme / Wirkung
- 34 Anerkenntnis / Voraussetzungen
- 35 Anerkenntnis / Wirkungen
- 36 Verzicht
- 37 Übereinstimmende Erledigterklärung / Voraussetzung
- 38 Übereinstimmende Erledigterklärung / Wirkung
- 39 Prozessvergleich / Voraussetzungen
- 40 Prozessvergleich / Wirkung / Unwirksamkeit
- 41 Objektive Klagenhäufung / Arten
- 42 Objektive Klagenhäufung / Zulässigkeit/ Prüfung
- 43 Klageänderung / § 263 ZPO
- 44 Klageänderung / § 264 ZPO
- 45 Einseitige Erledigungserklärung / Einführung
- 46 Einseitige Erledigungserklärung / Voraussetzungen
- 47 Einseitige Erledigungserklärung / Wirkung
- 48 Prozessaufrechnung / Prüfungsaufbau

49 Prozessaufrechnung / Entscheidungsreife / Rechtsweg
50 Prozessaufrechnung / Rechtshängigkeit / Rechtskraft
51 Widerklage / Zulässigkeit
52 Widerklage / Konnexität
53 Widerklage / Sonderfälle, insb. Aufrechnung
54 VU / Einführung
55 VU / Voraussetzungen: Antrag, Säumnis
56 VU / Zulässigkeit und Schlüssigkeit der Klage
57 VU / Entscheidungsmöglichkeiten
58 VU / Einspruch
59 VU / Zweites Versäumnisurteil
60 VU / sonstige Säumnissituationen
61 Präklusion / § 296 I ZPO
62 Präklusion / „Flucht in die Säumnis“ / § 296 II, III
63 einfache Streitgenossenschaft / Voraussetzungen
64 einfache Streitgenossenschaft / Wirkung
65 materiell-rechtlich notwendige Streitgenossenschaft
66 prozessrechtlich notwendige Streitgenossenschaft
67 gewillkürter Parteiwechsel
68 gesetzlicher Parteiwechsel
69 Nebenintervention / Begriff und Voraussetzung
70 Nebenintervention / Wirkung
71 Streitverkündung
72 Grundsätze
73 Beweiserhebung
74 Beweiswürdigung
75 Sonderprobleme des Beweisrechts
76 Urteilsarten
77 Urteilsmodalitäten und Wirkung
78 formelle und materielle Rechtskraft
79 objektiver Umfang der materiellen Rechtskraft
80 objektiver Umfang / Ausnahmen
81 Teilklage
82 subjektiver Umfang der materiellen Rechtskraft
83 Probleme zu § 325 II ZPO
84 Weitere Fälle d. Rechtskrafterstreckung auf Dritte
85 Zeitlicher Umfang der materiellen Rechtskraft
86 Abänderungsklage / Zulässigkeit
87 Abänderungsklage / Wirkung
88 Durchbrechung der Rechtskraft
89 Grundsätze
90 Sonderprobleme
91 Berufung / Zulässigkeit
92 Berufung / Verfahren
93 Revision
94 Beschwerde
95 Mahnverfahren / Verfahrensablauf
96 Mahnverfahren / Sonderprobleme
97 Einstweilige Verfügung

Karte 1

I. Verfahrensgrundsätze

Bedeutung

Der Zivilprozess ist ein gesetzliches, auf bestimmten Grundsätzen beruhendes Verfahren, das der Durchsetzung privater Rechte durch gerichtliche Entscheidung und daneben der Wahrung oder Wiederherstellung des Rechtsfriedens dient. In den Verfahrensgrundsätzen kommen in allg. Form diejenigen Wertungen zum Ausdruck, die einzelnen (Verfahrens-)Vorschriften zugrunde liegen.

Nennen Sie diese Grundsätze des zivilprozessualen Verfahrens.

Welche Prinzipien sind gerade für den Zivilprozess kennzeichnend?

ANTWORT KARTE 1

Speziell für den Zivilprozess von Bedeutung sind der **Dispositionsgrundsatz** und der **Verhandlungsgrundsatz**. Wichtig sind zudem die **Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit**, ferner der Beschleunigungsgrundsatz und der Anspruch auf rechtliches Gehör. Letztere gelten indes auch - wenngleich in den Einzelheiten unterschiedlich - in anderen Verfahrensordnungen wie z.B. der StPO (vgl. auch die Übersicht H/W, ZPO I, Rn. 1).

Ihnen liegt der Gedanke zugrunde, dass zunächst verschiedene Möglichkeiten denkbar sind, in einem gerechten Verfahren zu einem gerechten Urteil zu kommen. In der ZPO hat sich der Gesetzgeber für die Grundsätze entschieden, die nach seiner Meinung ein bestmögliches Verfahren gewährleisten. Es handelt sich hierbei insofern um eine rechtspolitische Entscheidung.

Beispiel: Für die Wahrheitsfindung im gerichtlichen Verfahren sind zwei Wege denkbar: Entweder der Richter erforscht alle für die Urteilsfindung notwendigen Tatsachen von Amts wegen (sog. **Untersuchungsgrundsatz**) oder die Parteien bestimmen die Tatsachengrundlage des Urteils, der Richter hat nur über die streitigen tatsächlichen Behauptungen der Parteien Beweis zu erheben (sog. **Verhandlungsgrundsatz**).

Der Gesetzgeber hat sich im Zivilprozessrecht für die Verhandlungsmaxime entschieden, im Straf- und Verwaltungsprozessrecht für die Untersuchungsmaxime.

hemmer-Methode: Diese Verfahrensgrundsätze bilden gewissermaßen das Fundament der ZPO. Die Kenntnis dieser Prinzipien ist also - insbesondere für die Auslegung prozessualer Vorschriften - unerlässlich. Lernen Sie also nicht nur eine Definition auswendig! Denn wenn Sie diese Grundsätze wirklich verstanden haben, sehen Sie auch die „eentlichen“ Probleme im richtigen Gesamtkontext und vermeiden so „träges“ Wissen. Die Lösung einer Vielzahl von unbekanntenen Problemen lässt sich dann auf die allg. Verfahrensgrundsätze zurückführen. Auch eine eventuelle Themenklausur schreiben Sie dann „mit leichter Hand“.

Ein Hinweis noch zu Beginn: Lernen Sie ZPO keinesfalls „auf Lücke“! Denn zum einen wird Verfahrensrecht sehr häufig im ersten Staatsexamen geprüft, zum anderen tragen vertiefte Kenntnisse des Zivilprozessrechts auch ganz erheblich zum Verständnis des materiellen Zivilrechts bei. Schließlich sollten Sie auch die verkürzte Referendarzeit im Auge haben. Spätestens dann müssen Sie die ZPO ohnehin beherrschen. Ein solides Grundwissen zahlt sich dann aus!

Karte 2

I. Verfahrensgrundsätze

Dispositionsgrundsatz

Der Dispositionsgrundsatz besagt, dass die Parteien über Beginn, Gegenstand und Ende des Verfahrens bestimmen können. Insbesondere können die Parteien auch den Gegenstand eines begonnenen Verfahrens verändern- sog. „Herrschaft der Parteien über den Verfahrensgegenstand“.

K hat dem B eine Computeranlage verkauft, die dieser weder abgeholt noch bezahlt hat. Da B auf Mahnungen des K nicht reagiert, klagt dieser auf Zahlung des Kaufpreises von 4.500,- €. Im Prozess erhebt B die Einrede des nichterfüllten Vertrages. Die Parteien können sich auf keinen Vergleich einigen. Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage ist das Gericht der Ansicht, dem K stünden sogar 5.000,- € zu.

Wie wird das Gericht entscheiden?

Machen Sie sich anhand dieses Falls die Bedeutung des Dispositionsgrundsatzes für den Zivilprozess klar.

ANTWORT KARTE 2

1. Den Beginn des Verfahrens bestimmt der K durch Klageerhebung („Wo kein Kläger, da kein Richter“), § 253 ZPO.

2. Der Kläger K bestimmt auch den Gegenstand des Verfahrens, nämlich durch **Stellung eines bestimmten Antrags sowie durch die bestimmte Angabe des Grundes des erhobenen Anspruchs in der Klageschrift**, § 253 II Nr. 2 ZPO. Dieser Antrag ist für das weitere Verfahren von erheblicher Bedeutung, denn das **Gericht ist an den Antrag gebunden, § 308 I ZPO**. Das Urteil darf dem Kläger nicht mehr und nichts anderes zusprechen, als er beantragt hat. Auch wenn das Gericht also der Ansicht ist, dass dem K ein materiell-rechtlicher Anspruch in Höhe von 5.000,- € zusteht, darf es ihm nur die beantragte Summe, also 4.500,- € zusprechen. Das Gericht darf lediglich hinter dem gestellten Antrag zurückbleiben. So wird es hier den B aufgrund seiner Einrede gem. § 320 BGB nur zur Zahlung von 4.500,- € Zug um Zug gegen Übereignung und Übergabe der (genau bezeichneten) Computeranlage verurteilen und die Klage im Übrigen abweisen; denn K hatte unbeschränkte Verurteilung zur Zahlung beantragt, aber nur eine eingeschränkte Verurteilung erlangt.

Der gestellte Antrag und damit der Dispositionsgrundsatz haben auch im **Rechtsmittelverfahren** (§§ 511 ff. ZPO) Bedeutung: So ist in der Rechtsmittelbegründung ein bestimmter Antrag zu stellen, §§ 520 III S. 2 Nr. 1, 551 III S. 1 Nr. 1 ZPO, an den das Gericht gebunden ist, §§ 528, 557 ZPO.

3. Die Parteien disponieren über das Ende des Verfahrens. So hätten z.B. die Parteien den Prozess jederzeit durch einen Vergleich (§ 794 I Nr.1 ZPO) beenden können. Weitere Möglichkeiten der Parteien, ein bereits begonnenes Verfahren vor Erlass eines Urteils zu beenden, sind die **Klagerücknahme** (§ 269 ZPO) und die **beiderseitige Erledigterklärung** (§ 91a ZPO).

Hinweis: Anerkenntnis und Verzicht führen dagegen jeweils zu einem Sachurteil (§§ 307, 306 ZPO).

hemmer-Methode: Merken Sie sich: Der Dispositionsgrundsatz wirkt sich insbesondere hinsichtlich Beginn, Gegenstand und Ende des Verfahrens aus. Die Entscheidung steht insoweit zur Disposition der Parteien. Das Gericht ist in diesen Fällen „machtlos“, auch wenn es das Parteiverhalten für verfehlt hält. Dieser für den Zivilprozess charakteristische Grundsatz entspricht letztlich der Privatautonomie im materiellen Recht. Das bürgerliche Recht gestattet den Parteien eine weite Disposition über ihre Rechte. Machen Sie sich auch den Gegenbegriff klar, nämlich den **Offizialgrundsatz. Verstanden wird hierunter die Herrschaft des Staates über den Verfahrensgegenstand. Er gilt in weiten Teilen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und im Strafprozess, § 152 I StPO.**

Karte 3

I. Verfahrensgrundsätze

Dispositionsgrundsatz / Ausnahmen

In einigen Fällen wird der Dispositionsgrundsatz durchbrochen oder modifiziert. So entscheidet das Gericht über Kosten (§§ 91 ff., 308 II ZPO) und vorläufige Vollstreckbarkeit (§§ 708 ff. ZPO) stets von Amts wegen.

Einen Sonderfall behandelt § 308a ZPO.

Ein Spannungsverhältnis besteht ferner zwischen Dispositionsgrundsatz und richterlicher Aufklärungspflicht nach §§ 139 I und 279 III ZPO.

K behauptet, ein zwischen ihm und B geschlossener Kaufvertrag über ein Grundstück sei ebenso wie die Auflassung nichtig, denn er habe beide Vertragserklärungen nach § 123 I BGB angefochten.

K klagt gegen B mit dem Antrag, „das Grundstück herauszugeben“. Wie wird sich das Gericht verhalten?